

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist (auch 30.03.)

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir (auch 30.03.)

Ratsmitglied Manuel Baruschke (auch 30.03.)

Ratsmitglied Volker Block (auch 30.03.)

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt (auch 30.03.)

Ratsmitglied Marvin Hager (auch 30.03.)

Beigeordnete Christina Heide (auch 30.03.)

Ratsmitglied Susanne Kempcke (auch 30.03.)

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld (auch 30.03.)

Ratsmitglied Uwe Reese (auch 30.03.)

Beigeordneter Detlef Schön (auch 30.03.)

Ratsmitglied Gabriele Schröder (16.03. und 30.03. entschuldigt)

Ratsmitglied Kristian Stoermer (30.03.2022 entschuldigt)

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse (auch 30.03.)

Ratsmitglied Martin Ehlers (auch 30.03.)

Beigeordneter Uwe Heinemann (30.03. anwesend bis 17:15 Uhr)

Ratsmitglied Anja Mandt (auch 30.03.)

Ratsmitglied Sven Schoolmann (auch 30.03.)

Beigeordneter Jens Stoffers (auch 30.03.)

Ratsmitglied Thomas Suberg (auch 30.03.)

Ratsmitglied Olaf Werner (30.03. anwesend bis 17:15 Uhr)

Bürgermeisterin Astrid Zaage (auch 30.03.)

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner (auch 30.03.)

Beigeordneter Martin Burkhart (auch 30.03.)

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster (auch 30.03.)

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus (auch 30.03.)

Ratsmitglied ChristianE Seyffer (auch 30.03.)

Ratsmitglied Petra Stomberg (auch 30.03.)

Ratsmitglied Michael von den Berg (auch 30.03.)

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker (30.03. entschuldigt)

Beigeordneter Markus Bulla (auch 30.03.)

Ratsmitglied Olaf Fischer (auch 30.03.)

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges (auch 30.03.)

Ratsmitglied Sascha Scheller (16.3. entschuldigt)

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner (auch 30.03.)

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler (16.03. entschuldigt, 30.03. anwesend)

Beigeordneter Andreas Tönjes (auch 30.03.)

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis (auch 30.03.)

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner (auch 30.03.)

Ratsmitglied Helga Weinstock (auch 30.03.)

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti (30.03. entschuldigt)

Ratsmitglied Thorsten Moriße (16.03. entschuldigt, 30.03. anwesend bis 17:15 Uhr)

Ratsmitglied Detlef Stump (auch 30.03.)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Michael Kiesewetter (16.03. entschuldigt, ebenso 30.03.)

Ratsmitglied Darwin Reinhard (auch 30.03.)

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte (auch 30.03.)

Dezernent

Stadtkämmerer Thomas Bruns (auch 30.03.)

Stadtbaurat Niksa Marusic (anwesend am 30.03.)

Erster Stadtrat Armin Schönfelder (auch 30.03.)

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak

Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela (auch 30.03.)

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth (anwesend am 30.03.)

Fachbereich Kommunikation & Koordination Vanessa Becker

Fachbereich Kommunikation & Koordination Andreas Satzke (anwesend am 30.03.)

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleitung Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel (auch 30.03.)

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6	Feststellung Sitzverlust Herr Sascha Scheller und Verpflichtung von Herrn Prof. Dr. Uwe Weithöner als Nachfolger sowie Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
7.1	Änderung der Hauptsatzung	85/2022
7.2	Bereitstellung von Unterkünften für Geflüchtete hier: Delegation von Zuständigkeiten des Rates auf den Verwaltungsausschuss	84/2022
7.3	Auftrag zur Vorbereitung von Sammelunterkünften für die Aufnahme von aus der Ukraine geflüchteten Menschen	87/2022
7.4	Nachbewilligung zum Haushalt 2022	89/2022
7.5	Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 69 NKomVG	324/2021
7.6	Initiativantrag des Ortsrates Sengwarden gem. §94 Abs. 3 NKomVG: Markterkundungsverfahren zum Breitband- und Mobilfunkausbau im Ortsratsbereich	507/2022
7.7	Zensus – Zweckvereinbarung mit LK Friesland (vormals TOP 8.1.4)	13/2022
8.1.1	Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2023 für kostenrechnende Einrichtungen	51/2022
8.1.2	Betrauungsakt für die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	60/2022
8.1.3	Sicherheitsbestellung in Form einer Grundschild zugunsten der KW Gesundheitszentrum GmbH	73/2022
9.2	Sachstand Tourismuskonzept	
8.1.5	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Umsetzung von Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept in den Haushaltsjahren 23/24	514/2022
8.1.6	Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Verantwortlichkeiten für die Neubürgerakquisition"	519/2022
8.1.7	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	48/2022
8.2.1	Übernahme des WZ-Bilddienstes für das Stadtarchiv	52/2022
8.3.1	91. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 (Sachlicher Teilflächennutzungsplan gemäß §5 Abs. 2b BauGB) - Flächen für den Kleiabbau - , Aufstellungsbeschluss	66/2022
8.3.2	Vorhaben Solarpark Triftweg (Bebauungsplan. Nr. 61 - Freigebiet Freiligrathstraße/Triftweg)	62/2022
8.3.3	Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung - Freizeitgelände Fedderwardergröden Süd/Schule - Aufstellungsbeschluss	63/2022
8.3.4	Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Projektplanung zur Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplanes"	520/2022
8.3.5	Zustimmung zum Planungsvorschlag Grundstück ehemalige Südzentrale	68/2022
8.3.6	Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“	65/2022
8.3.7	Beschluss zur Teilnahme am Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“	
	WILHELMS URBANFARM	64/2022
	Beschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“	
8.4.1	Erweiterung der Zusammensetzung des Behindertenbeirates gem. § 3 Behindertenbeiratssatzung der Stadt Wilhelmshaven	44/2022
8.4.2	Finanzierung Frauenhaus	49/2022
8.5.1	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Neubeschaffung eines drahtlosen Mikrofonsystems für den Ratssaal	505/2022
8.6.1	Kurpark – Förderantrag Bundesprogramm Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (Tischvorlage)	61/2022
8.6.2	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Ertüchtigung und Weiterentwicklung des Rundwegs in Fedderwardergröden Grüner Ring	515/2022
8.6.3	Antrag SPD-Fraktion: Beleuchtung Grüner Ring in Fedderwardergröden	516/2022
8.6.4	Antrag SPD-Fraktion: Fahrrad-Park-Anlage F'groden Marktplatz	517/2022
8.7.1	Anpassung der Bezirke der Grundschulen Hafenschule, Stadtmitte und Wiesenhof	3/2022
8.7.2	DigitalPakt - Infrastrukturprojekte	37/2022
8.7.3	Einvernehmen zum Ganztags im KME-Zweig der Marion-Dönhoff-Schule	40/2022
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Feist bezog sich auf die in der Sitzung vorzunehmende Änderung der Hauptsatzung, die es ihm erlaube, Verträge über Lieferungen und Leistungen für die Schaffung und den Betrieb von Unterkünften für Geflüchtete bis zu 500.000 € als Geschäft der laufenden Verwaltung abzuschließen.

Eine Finanzierungszusage des Landes oder Bundes liege jedoch bislang noch nicht vor und auch die Option, im Rahmen einer Amtshilfe für das Land Niedersachsen zu handeln, werde aktuell durch den Niedersächsischen Innenminister abgelehnt. Darüber hinaus sei aber kurzfristig mit der Zuweisung von Flüchtlingen zu rechnen. Aufgrund der fehlenden Finanzierungszusage und des Handlungsdruckes sei es nur auf dem Wege einer Nachbewilligung zum Haushalt möglich, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Er **beantrage** daher, die vor der Sitzung übersandte Beschlussvorlage 89/2022 („Nachbewilligung zum Haushalt 2022“) als **dringlich** im Sinne des § 8 der Geschäftsordnung des Rates einzustufen. Nur so könne die Verwaltung die notwendigen Vorkehrungen für die Aufnahme der voraussichtlich bereits in der nächsten Woche eintreffenden Flüchtlinge vornehmen.

Die Beschlussvorlage werde in dem Fall als neuer Tagesordnungspunkt 7.4 aufgenommen und die Sitzung des Rates müsse für eine Vorberatung durch den Verwaltungsausschuss unterbrochen werden.

Herr Tönjes verlieh seinem Unverständnis gegenüber dem Vorgehen des Landes Ausdruck und signalisierte seine Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag des Oberbürgermeisters.

Der **Dringlichkeitsantrag** von Oberbürgermeister Feist wurde daraufhin **einstimmig angenommen** und die Tagesordnung um den neuen **Punkt 7.4** „Nachbewilligung zum Haushalt 2022“ erweitert.

Ratsvorsitzender Becker informierte, der Tagesordnungspunkt 8.1.4 werde als **neuer Punkt 7.7** vorgezogen, da die dazugehörige Beschlussvorlage nicht im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vorbereitet worden sei.

Anschließend wurde zwischen **Herrn Tönjes** und **Herrn Schönfelder** die Frage erörtert, wieso der **Punkt 12.3.1** nicht im öffentlichen Teil behandelt werde.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Schön** bestätigte **Herr Schönfelder**, dass die **Beschlussvorlage zu Tagesordnungspunkt 8.3.5 zurückgezogen** werde, der Punkt jedoch auf der Tagesordnung bestehen bleibe.

Herr Burkhardt bat, den **Tagesordnungspunkt 9.2 vor den Antrag Punkt 8.1.5** vorzuziehen, da sich dies aufgrund des Inhaltes anbiete.

Herr Bulla signalisierte als Antragsteller die Zustimmung der WIN@WBV-Fraktion, auch **Herr Tönjes** sagte zu, dass die Gruppe „Die BUNTEN“ den Vorschlag unterstützen werde.

Der Antrag von Herrn Burkhardt wurde ebenfalls **einstimmig angenommen**.

Die Tagesordnung wurde daraufhin bei 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung in der **geänderten** Form festgestellt.

Herr Becker teilte anschließend mit, dass die Ratssitzung, falls erforderlich, am **Mittwoch, dem 30.03.2022, um 15:00 Uhr** fortgesetzt werde.

- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.02.2022 (fortgesetzt am 28.02.2022), soweit vorliegend

Herr Tönjes zeigte sich erfreut über das frühzeitige Vorliegen des Protokolls.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 40 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.02.2022 (fortgesetzt am 28.02.2022) wird genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

- 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

- 6 Feststellung Sitzverlust Herr Sascha Scheller und Verpflichtung von Herrn Prof. Dr. Uwe Weithöner als Nachfolger sowie Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Herr Becker informierte, dass Herr Sascha Scheller mit Schreiben vom 09.02.2022 erklärt habe, sein Ratsmandat niederzulegen.

Mit dem o.g. Schreiben sei gemäß § 52 Absatz 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Voraussetzung für das Ende der Mitgliedschaft von Herrn Scheller im Rat gegeben. Gemäß § 52 Absatz 2 NKomVG stelle der Rat durch Beschluss fest, dass die eben genannte Voraussetzung erfüllt sei.

Vorher sei dem Betroffenen die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; Herr Scheller wolle davon jedoch keinen Gebrauch machen und sei zur Sitzung zudem nicht anwesend.

Daraufhin fasste der Rat den folgenden Beschluss:

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 38 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

„Die Voraussetzung für das Ende der Mitgliedschaft von Herrn Ratsherrn Sascha Scheller im Rat der Stadt Wilhelmshaven ist zum 16.03.2022 gem. § 52 Absatz 1 Nr. 1 NKomVG erfüllt.“

Herr Becker führte weiter aus, Oberbürgermeister Feist habe in seiner Eigenschaft als Gemeindewahlleiter festgestellt, dass **Herr Dr. Uwe Weithöner** anstelle von Herrn Scheller für die WIN@WBV in den Rat nachrücke.

Herr Dr. Weithöner habe den Sitz gemäß den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes angenommen.

Oberbürgermeister Feist verpflichtete **Herrn Dr. Weithöner** als neues Ratsmitglied gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Besonders wies er dabei auf die Bestimmungen der §§ 40 - 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin.

Ferner erklärte **Oberbürgermeister Feist**, dass diese Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.

Anschließend wurden die folgenden **Umbesetzungen** vorgenommen:

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Klimaschutz und Brandschutz:

Ratsherr Dr. Weithöner anstelle von Herrn Scheller

Jugendhilfeausschuss:

Ratsherr Dr. Weithöner anstelle von Herrn Scheller

Schulausschuss (Vertreter):

Ratsherr Dr. Weithöner anstelle von Herrn Scheller

Beirat für das Sanierungsgebiet Wilhelmshaven – Westliche Südstadt (Stadtteilbeirat):

Ratsherr Dr. Weithöner anstelle von Herrn Scheller

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven:

Beigeordneter Bulla anstelle von Herrn Scheller

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude:

Beigeordneter Bulla anstelle von Herrn Scheller

Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen:

Ratsherr von den Berg anstelle von Beigeordnetem Berner

Rechnungsprüfungsausschuss:

Ratsfrau Kloster anstelle von Beigeordnetem Berner

Stellvertretender Ausschussvorsitz: Ratsherr von den Berg anstelle von

Beigeordnetem Berner

Schulausschuss:

Ratsherr von den Berg anstelle von Beigeordnetem Berner

Vertreterin: Ratsfrau Stomberg anstelle von Ratsherrn von den Berg.

Den Umbesetzungen wurde **einstimmig zugestimmt**.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordnete Heide)

7.1 Änderung der Hauptsatzung

85/2022

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.03.2022 vor.

Herr Stoffers beantragte für die CDU-Fraktion die folgende **Änderung**:

„Nach dem Beschlussvorschlag wird ein 2. Absatz eingefügt:

„Der Oberbürgermeister wird verpflichtet, bei Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen, sofern sie die Schaffung/Betrieb von Unterkünften für Geflüchtete betreffen, bei einem Wert von über 50.000 €/Vertrag die Mitglieder des Verwaltungsausschusses unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen und diese Information in der darauffolgenden Ratssitzung unter „Bericht des Oberbürgermeisters in wichtigen Angelegenheiten“ aufzunehmen.“

In Beantwortung einer Nachfrage von **Oberbürgermeister Feist** bestätigte **Herr Stoffers**, dass eine Unterrichtung des Verwaltungsausschusses per Mail aus Sicht der Antragsteller ausreichend sei.

Herr Berner brachte für die Gruppe „GRÜNE und GfW“ einen weiteren **Änderungsantrag** ein:

„Die Vorlage mit dem Text:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage. Die Änderung gilt zunächst befristet bis zum 30.06.2022.“

wird ergänzt um den Satz:

Der Oberbürgermeister informiert den Verwaltungsausschuss unverzüglich bei Erreichen der Ausgabenschwellen von 150.000 € und 300.000 €, sowie vor absehbarer Erreichung der Maximalsumme von 500.000 €.

Der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** wurde bei 34 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ob dann eine Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe „GRÜNE und GfW“ erfolgen müsse, wurde anschließend kurz zwischen **Herrn Dr. Schulte**, **Herrn Schönfelder** und **Herrn Walpurgis** diskutiert. Es wurde festgestellt, dass dies entbehrlich sei.

Abschließend informierte **Oberbürgermeister Feist** auf Bitten von **Herrn Tönjes** über den finanziellen Bedarf bei der Einrichtung von Sammelunterkünften.

Beschluss: Einstimmig zugestimmt (inklusive Änderung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage. Die Änderung gilt zunächst **befristet bis zum 30.06.2022**.

Der Oberbürgermeister wird verpflichtet, bei Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen, sofern sie die Schaffung/Betrieb von Unterkünften für Geflüchtete betreffen, bei einem Wert von über 50.000 €/Vertrag die Mitglieder des Verwaltungsausschusses unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen und diese Information in der darauffolgenden Ratssitzung unter „Bericht des Oberbürgermeisters in wichtigen Angelegenheiten“ aufzunehmen.

(ergänzt auf Antrag der CDU-Fraktion im Rat am 16.03.2022)

7.2 Bereitstellung von Unterkünften für Geflüchtete **84/2022**
hier: Delegation von Zuständigkeiten des Rates auf den Verwaltungsausschuss

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.03.2022 vor.

Herr Burkhart warf die Frage auf, warum der § 182 NKomVG hier als Grundlage herangezogen würde, obwohl dieser sich auf Sonderregelungen für pandemische Lagen beziehe. Die Bereitstellung von Unterkünften für Geflüchtete stehe jedoch damit nicht in Zusammenhang.

Herr Schönfelder erklärte, diese Vorschrift könne nur bei Vorliegen einer pandemischen Lage Anwendung finden. Es sei jedoch durchaus möglich, die im § 182 NKomVG vorgesehenen Maßnahmen dann auch auf andere Fälle, wie hier für die Geflüchteten, anzuwenden.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat überträgt dem Verwaltungsausschuss befristet bis zum 22.05.2022 die Zuständigkeit für alle Angelegenheiten, die die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Bürger aus der Ukraine zum Gegenstand haben und die nicht in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallen.

7.3 Auftrag zur Vorbereitung von Sammelunterkünften für die Aufnahme **87/2022**
von aus der Ukraine geflüchteten Menschen

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.03.2022 vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** bestätigte **Oberbürgermeister Feist**, dass die kommunalen Spitzenverbände in intensiven Gesprächen mit der Landesregierung stünden, wobei es auch um die Übernahme der Kosten gehe. Über die Art der

Kostenübernahme gebe es noch keine Klarheit, so dass die Kosten voraussichtlich zunächst von der Stadt vorfinanziert werden müssen. Vor diesem Hintergrund werde er selbst die Position der Stadt nach dem heutigen Beschluss gegenüber der Landesregierung vertreten.

Anschließend informierte **Oberbürgermeister Feist** auf Bitten von **Herrn Suberg** über den Verbleib des Equipments aus der Flüchtlingsunterkunft Albrechtstraße.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wird ermächtigt, alle notwendigen Planungen zur Einrichtung von Sammelunterkünften für die Aufnahme von aus der Ukraine geflüchteten Menschen unter Berücksichtigung des Vergaberechts, der Grundsätze der haushaltswirtschaftlichen Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie der Wertgrenzen der Hauptsatzung voranzutreiben und damit zusammenhängende Aufträge zu vergeben.

Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, sämtliche Kosten im Rahmen der Unterbringung der geflüchteten Menschen zu übernehmen.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Ratssitzung für eine **Sitzung des Verwaltungsausschusses von 16:50 Uhr bis 17:00 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung erfolgte die Beratung über den per Dringlichkeitsantrag ergänzten Punkt 7.4.

7.4 Nachbewilligung zum Haushalt 2022

89/2022

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.03.2022 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 400.000 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2022.

7.5 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 69 NKomVG

324/2021

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.03.2022 vor.

Herr Baruschke brachte für die SPD-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die SPD-Fraktion beantragt folgende Änderung des § 5 (2):

„Regelmäßiger Sitzungsbeginn ist 15.00 Uhr.“

Änderung: 16 Uhr“

Nachdem der Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter Beteiligung der **Herren Berner, Suberg, Dr. Schulte und Tönjes** worden ist, beantragte **Frau Zaage** den **Schluss der Debatte**.

Der Geschäftsordnungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde daraufhin bei 14 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend beantragte **Herr Tönjes** namens der CDU-Fraktion, der Gruppe „GRÜNE und GfW“, der WIN@WBV-Fraktion, der Gruppe „Die BUNTEN“ und der Gruppe FDP/FW ebenfalls eine **Änderung**.

(Diese Änderung ist als Anlage zur Beschlussvorlage im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Der interfraktionelle Änderungsantrag wurde bei 37 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Zuletzt brachte **Herr Tönjes** für die Gruppe „Die BUNTEN“ einen **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt folgende Änderungen der Geschäftsordnung:

1. § 2 Tagesordnung Absatz 1

Im Übrigen kann die Tagesordnung in dringenden Fällen zu Sitzungsbeginn durch Beschluss erweitert werden; dafür ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Rates erforderlich (§ 59 Abs. 3 S. 5 NKomVG).

Der Satz wird gestrichen, da dies eine Regelung und ein wörtliches Zitat aus dem NKomVG ist und damit keine Konkretisierung darstellt. Zudem ist hierfür der § 8 Dringlichkeitsanträge der GO gedacht. Einer Erweiterung der Tagesordnung, ohne die Notwendigkeit auch einen Beschluss zu einem Tagesordnungspunkt zu fassen, fehlt es an der notwendigen Dringlichkeit. Für andere Fälle gibt es im Übrigen die Möglichkeit, eine „Aktuelle Stunde“ zu beantragen.

2. Der § 11 wird wie folgt geändert:

§ 11 Zurückziehen von Anträgen und Beschlussvorlagen

(1) Anträge zu einem Tagesordnungspunkt können bei Behandlung bis zur Abstimmung von der Antragstellerin oder dem Antragsteller jederzeit zurückgezogen werden. Entsprechendes gilt bei Beschlussvorlagen für die Oberbürgermeisterin / den Oberbürgermeister.

(2) Die andere Abgeordneten können sich sodann den Antrag / die Beschlussvorlage zu eigen machen und diese/n erneut zu diesem Tagesordnungspunkt einbringen. Sie werden damit zur Antragstellerin / zum Antragsteller ohne das hierfür der Antrag erneut schriftlich eingereicht werden muss.

(3) Mit Übergang auf eine neue Antragstellerin / einen neuen Antragsteller kann diese/r sofort gemäß § 9 einen Änderungsantrag einbringen.

(4) Sofern es keine/n neue/n Antragstellerin / Antragsteller gibt, kann der Tagesordnungspunkt auf Geschäftsordnungsantrag eines Ratsmitgliedes zur Erstellung einer neuen Beschlussvorlage in die Ausschüsse verwiesen und zur Beschlussfassung in der Vertretung vertagt werden.

Diese Änderung konkretisiert das Verfahren und entspricht der allgemeinen Kommentierung zum NKomVG.

3. § 16 Abstimmung

Wird **ergänzt** um den Absatz 5

(5) Über einen Antrag auf geheime Abstimmung wird mit Mehrheit beschlossen; die geheime Abstimmung hat Vorrang vor namentlicher Abstimmung. Das Ergebnis einer geheimen Abstimmung wird durch zwei von der/dem Ratsvorsitzenden zu bestimmende Ratsmitglieder festgestellt und der/dem Ratsvorsitzenden mitgeteilt, die/der es dann bekannt gibt.

4. § 21 Protokoll

Zur Anfertigung des Protokolls wird die Beratung auf Tonband aufgenommen.

Wird ersetzt durch:

Zur Anfertigung des Protokolls wird die Beratung digital aufgezeichnet. Die Aufzeichnung muss auch wesentliche Ereignisse der Sitzung erfassen können, die nicht über die Mikrofonanlage erfasst werden.

5. § 28 Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse

(5) In dringenden Fällen kann die Tagesordnung abweichend von § 59 Abs. 3 Satz 5 NKomVG während der Sitzung mit der Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder erweitert werden.

Der Absatz 5 wird gestrichen, da für dringende Fälle vor Feststellung der Tagesordnung ein entsprechender Dringlichkeitsantrag nach § 8 dieser GO gestellt werden kann.“

Herr Becker, Frau Seyffer und Frau Stomberg verliehen ihrer Verwunderung über den Änderungsantrag Ausdruck. Der zuvor eingebrachte Änderungsantrag sei mit der Mehrheit der Fraktionen und Gruppen abgestimmt worden. Dabei sei man auch übereingekommen, keine weiteren Änderungsanträge stellen zu wollen. Überdies handele es sich um einen kurzfristig vorgelegten, ausführlichen Änderungsantrag, über den nicht in der Kürze abgestimmt werden könne.

Herr Tönjes machte darauf aufmerksam, dass dieser Änderungsantrag bereits zur letzten Ratssitzung vorgelegen habe. Anschließend **zog er den Änderungsantrag der Gruppe „Die BUNTEN“ zurück.**

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 38 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat gibt sich gem. § 69 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die beigefügte Geschäftsordnung.

7.6 Initiativantrag des Orsrates Sengwarden gem. §94 Abs. 3 NKomVG: 507/2022
Markterkundungsverfahren zum Breitband- und Mobilfunkausbau im
Ortsratsbereich

Frau Heide trug den Initiativantrag des Orsrates in der aktuellen Fassung vor.

Herr Burkhardt ergänzte, dass sowohl Ortsrat als auch Verwaltungsausschuss dem Antrag bereits zugestimmt haben.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Antrag zum Breitband- und Mobilfunkausbau im Ortsratsbereich

~~Die Gruppen und Fraktionen im Ortsrat Sengwarden beantragen hiermit die Erörterung zur Aufnahme und Durchführung eines Markterkundungsverfahrens für die Bereiche im Ortsratsgebiet, inklusive der Bereiche der landwirtschaftlichen Betriebe. Gleichzeitig ist zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten, z.B. durch die N-Bank u. a. möglich sind. Vorstellung der Ergebnisse durch TBW in der Sitzung des Orsrates am 03.02.2022.~~

Beschluss:

1. Auf Vorschlag des Orsrates Sengwarden wird die Verwaltung beauftragt, ein Markterkundungsverfahren für die Bereiche im Ortsratsgebiet inklusive der Bereiche der landwirtschaftlichen Betriebe durchzuführen. Gleichzeitig ist zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten, z.B. durch die N-Bank u. a. möglich sind.

2. Die Ergebnisse sind dem Ortsrat zeitnah vorzustellen.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 17:27 Uhr bis 17:47 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung des letzten Punktes der Vorlagen des Verwaltungsausschusses.

7.7 Zensus – Zweckvereinbarung mit LK Friesland (vormals TOP 8.1.4)

13/2022

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.03.2022 vor.

Herr Brandt zeigte sich erstaunt über die Übernahme dieser neuen Aufgabe durch die Stadt und warf die Frage auf, ob hierfür überhaupt Personal vorhanden sei.

Herr Bruns informierte, der Bereich sei nicht im Wahlamt angesiedelt; vielmehr handele es sich um einen eigenständigen Bereich, der mit dem vorhandenen Personal bestückt werden müsse. Eventuell müsse außerdem zusätzliches Personal befristet eingestellt werden.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** erklärte **Herr Schönfelder**, dass die Stadt zur Einrichtung einer Erhebungsstelle verpflichtet sei und zwar unabhängig von einem Ratsbeschluss.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

1. Die Stadt Wilhelmshaven nimmt für den Landkreis Friesland die Durchführung des Zensus 2022 wahr. Hierfür ist eine gemeinsame Erhebungsstelle eingerichtet worden.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland im Wege einer öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung. Die Zweckvereinbarung wird in der anliegenden Form beschlossen.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)

8.1.1 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2023 für 51/2022 kostenrechnende Einrichtungen

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 14.03.2022 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2023 auf 2,33 % (bisher 2,61 %) fest.

8.1.2 Betrauungsakt für die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH**60/2022**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 14.03.2022 vor.

Herr Tönjes hielt die 10-jährige Laufzeit für zu lang. Seiner Meinung sollte diese besser an die jeweilige Wahlperiode angepasst werden.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH weiterhin mit der Wahrnehmung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Bereich von medizinischen Versorgungsleistungen, Notfalldiensten und unmittelbar damit verbundenen Nebenleistungen laut anliegendem Betrauungsakt zu beauftragen.

8.1.3 Sicherheitsbestellung in Form einer Grundschild zugunsten der KW Gesundheitszentrum GmbH **73/2022**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 14.03.2022 vor.

Herr Tönjes erklärte, die Gruppe „Die BUNTEN“ könne dem nicht zustimmen, da es nach dortiger Auffassung weniger eine Aufgabe der Kommune sei, die Krankenhäuser sicher zu finanzieren, als vielmehr die von Bund und Land.

Anschließend beantwortete **Herr Bruns** eine Detailfrage von **Herrn Stoffers** zur Zulässigkeit der Bestellung dieser Grundschild aus beihilferechtlicher Sicht.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Eintragung einer Grundschild in Höhe von 3.211.454,06 € als Sicherheit für ein bestehendes Darlehen der KW Gesundheitszentrum GmbH in entsprechender Höhe zu.

9.2 Sachstand Tourismuskonzept

Nachdem **Oberbürgermeister Feist** ins Thema eingeführt hatte, informierte **Frau Becker** anhand der im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegten Präsentation über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung des Tourismuskonzeptes. Dazu stellte sie 10 mögliche Projekte kurz vor.

Anschließend bestand für die Ratsmitglieder die Möglichkeit, Fragen an Frau Becker zu richten.

An der Aussprache beteiligten sich **Herr Fischer, Herr Dr. Weithöner, Herr Baruschke, Herr Suberg, Frau Heide, Herr Walzner, Oberbürgermeister Feist, Herr Berner, Herr Schön, Herr Ehlers, Herr Schaar, Frau Mandt und Herr Becker**.

8.1.5 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Umsetzung von Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept in den Haushaltsjahren 23/24 **514/2022**

Herr Fischer brachte den Antrag der WIN@WBV-Fraktion ein und begründete diesen anschließend.

Nachdem **Herr Schön** die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisiert hatte, beantragte **Herr Tönjes** für die Gruppe „Die BUNTEN“ die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 soll ein Betrag für die Umsetzung von Maßnahmen des Tourismuskonzeptes eingeplant werden. Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit der WTF und auf Basis der Diskussion mit den Fachverbänden und der Wirtschaftsförderung einen priorisierten Maßnahmenkatalog, dem Rat bis zum Sommer zur Entscheidung vorzulegen. Nach der Ratsentscheidung sind die Mittel in die entsprechenden Haushalts-/Wirtschaftspläne vorzusehen.“

An der Diskussion zum Änderungsantrag beteiligten sich die **Herren Becker, Bruns, Berner, Dr. Weithöner, Stoffers** und **Dr. Schulte**.

Anschließend wurde der Änderungsantrag bei 11 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Über den folgenden Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Berner** auf **Vertagung** des Antrages bis zur Haushaltsklausur diskutierten anschließend kurz die **Herren Becker, Tönjes, Werner** und **Dr. Schulte**.

Der Vertagungsantrag wurde bei 11 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Werner erklärte abschließend, auch die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 werden insgesamt ca. 1,2 Millionen € für die Umsetzung von Maßnahmen des Tourismuskonzeptes eingeplant. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis zum Sommer gemeinsam mit der WTF und auf Basis der Diskussion mit den Fachverbänden und der Wirtschaftsförderung einen priorisierten Maßnahmenkatalog zur Entscheidung vorzulegen. Nach der Ratsentscheidung sind die Mittel in die entsprechenden Haushalts-/Wirtschaftspläne einzustellen.

8.1.6 Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Verantwortlichkeiten für die **519/2022**
Neubürgerakquisition"

Herr Bulla trug den geänderten Antrag der WIN@WBV-Fraktion vor und begründete diesen anschließend.

Herr Dr. Schulte erinnerte an den wenig erfolgreichen Versuch der Einrichtung einer Neubürgeragentur vor einigen Jahren. Seiner Meinung nach lockten einzig Arbeitsplätze die Menschen in die Stadt und um diese kümmere sich bereits die Wirtschaftsförderung. Er halte den Antrag daher für wenig erfolgversprechend.

Dem widersprachen die **Herren Block, Ehlers** und **Dr. Weithöner**. Es gelte, Wegzüge durch entsprechende Angebote zu verhindern und den Einpendlern nicht nur das Arbeiten, sondern auch das Leben in der Stadt schmackhaft zu machen. Auch Senioren seien ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

Herr Bulla erklärte abschließend, die WIN@WBV-Fraktion wolle mit dem Antrag eine klare Verantwortlichkeit bei der Stadt schaffen. Nur damit habe die Stadt eine Chance, zu wachsen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt für die Sitzung im Mai Verantwortlichkeiten zu definieren mit verbindlichen Zielvereinbarungen, um gezielt Neubürger zu akquirieren. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die in der Stadtverwaltung verantwortlichen Organisationseinheiten werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit weiteren regionalen Akteuren (insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften, Wissenschaftseinrichtungen, Bundesagentur für Arbeit und Arbeitgeberverbänden) ein Bündnis zu initiieren, um ein zielgerichtetes Marketing-Mix zu entwickeln. Es sollen zeitnah Kampagnen initiiert werden, mit der langfristigen Zielsetzung, dass die Stadt nachhaltig wächst.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für die Sitzung im September 2022 Verantwortlichkeiten zu definieren mit verbindlichen Zielvereinbarungen, um gezielt Neubürger zu akquirieren. Die in der Stadtverwaltung verantwortlichen Organisationseinheiten unter Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit weiteren regionalen Akteuren (insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften, Wissenschaftseinrichtungen, Bundeswehr, Bundesagentur für Arbeit und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden) ein Bündnis zu initiieren, um ein zielgerichtetes Marketing-Mix zu entwickeln. Es sollen zeitnah Kampagnen initiiert werden, mit der langfristigen Zielsetzung, dass die Stadt nachhaltig wächst.

Im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Häfen wird monatlich und im Rat vierteljährlich über die Initiativen und den Sachstand und die Einwohnerentwicklung berichtet.

(geändert im Rat am 16.03.2022)

8.1.7 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **48/2022**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 14.03.2022 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwendender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden e.V. Alkostraße 6 26388 Wilhelmshaven	3.514,41 €	Spende eines Activeboards mit Kamera und Wandhalterung an die Ortsfeuerwehr Fedderwarden

8.2 Ausschuss für Kultur (Ratsfrau Weinstock)

8.2.1 Übernahme des WZ-Bilddienstes für das Stadtarchiv **52/2022**

Frau Weinstock trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 10.03.2022 vor.

Herr Walpurgis informierte, der Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen habe dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt. Gleichzeitig warb er dafür, dieses Angebot unbedingt anzunehmen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** erklärte **Herr Schönfelder**, es werde bezüglich der Übernahme des Depositums einen entsprechenden Vertrag geben; hierfür befinde man sich in der abschließenden Beratungsphase.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, die Übernahme der Sammlung des WZ-Bilddienstes der Brune-Mettcker Druck- und Verlags GmbH für das Stadtarchiv als Schenkung und die Übernahme der gebundenen Ausgaben der Wilhelmshavener Tageszeitungen als Depositum (Eigentumsvorbehalt) abzuschließen. Der Rat nimmt die Schenkung an.

8.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

8.3.1 91. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 (Sachlicher Teilflächennutzungsplan gemäß §5 Abs. 2b BauGB) - Flächen für den Kleiabbau - Aufstellungsbeschluss **66/2022**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.03.2022 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung

vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), die Aufstellung der **91. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 –FLÄCHEN FÜR DEN KLEIABBAU–**. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.3.2 Vorhaben Solarpark Triftweg

62/2022

(Bebauungsplan. Nr. 61 – Freigebiet Freiligrathstraße/Triftweg)

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.03.2022 vor.

Auf den Einwand von **Frau Weinstock**, warum es eines Beschlusses darüber bedürfe, den Bebauungsplan nicht zu ändern, sprachen sich **Oberbürgermeister Feist, Herr Walpurgis, Herr Schönfelder, Herr Dr. Schulte, Herr Ehlers** und **Herr Stoermer** für das Vorgehen aus. Der Ausschuss habe sich dafür ausgesprochen, das Gelände unverändert zu belassen und mit diesem Beschluss erfolge nunmehr die Legitimation durch den Rat, um letztendlich auch Rechtssicherheit für die Bürger herzustellen.

Herr Tönjes zeigte sich skeptisch und vertrat die Auffassung, der Rat müsse nun für die Verwaltung „die Kastanien aus dem Feuer holen“, da diese eine voreilige Information an den Investor gegeben habe. Diesem Vorgehen könne er nicht zustimmen und stelle daher den **Antrag auf Nichtbefassung**. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde bei 2 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

An der weiteren Diskussion, die die aktuelle Situation der Kleingarten-Pächter auf dem betroffenen Gelände zum Gegenstand hatte, beteiligten sich **Herr Block, Herr Schön, Herr Schönfelder, Oberbürgermeister Feist, Herr Fischer** und **Frau Bakir**.

Der daraufhin von **Herrn Burkhart** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Schluss der Debatte** wurde bei 38 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt einer Nutzungsänderung von Grünflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 61 – Freigebiet Freiligrathstraße/Triftweg- zum Zwecke der Errichtung eines Solarparks (Photovoltaikanlagen) nicht zu.

8.3.3 Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung - Freizeitgelände 63/2022
Fedderwardergroden Süd/Schule - Aufstellungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.03.2022 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 40 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 125, 3. Änderung - Freizeitgelände Fedderwardergroden Süd / Schule- im beschleunigten Verfahren. Im beschleunigten Verfahren (gem. § 13a BauGB) wird auf die Durchführung einer Umweltprüfung und auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB) verzichtet.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt gleichzeitig die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 125, 3. Änderung vom 24.08.2011 (Vorlage 263/2011), da die damaligen Planungsziele nicht umgesetzt wurden und durch die aktuellen Planungen überholt sind.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes unterbrach **Ratsvorsitzender Becker** die Sitzung um **20:05 Uhr** und kündigte die **Fortsetzung für Mittwoch, den 30.03.2022 um 15:00 Uhr** an.

Darüber hinaus bat er die Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher um zwischenzeitliche Information über den Bedarf einer Ratssitzung im April. Vorgeschlagen werde hier Freitag, der 22.04.2022 um 15:00 Uhr.

Aufgrund der Abwesenheit von Ratsvorsitzendem Becker setzte **Herr von den Berg** als stellvertretender Ratsvorsitzender die Sitzung am **Mittwoch, dem 30.03.2022, um 15:00 Uhr** fort.

8.3.4 Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Projektplanung zur Erarbeitung eines 520/2022
neuen Flächennutzungsplanes"

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung trug **Herr Bulla** den geänderten Antrag der WIN@WBV-Fraktion vor und begründete diesen anschließend.

Herr Marušić begrüßte den Antrag. Es sei sinnvoll, den Flächennutzungsplan nunmehr in Gänze anzugehen anstelle der bisherigen einzelnen Änderungen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadtverwaltung (Baudezernent) wird beauftragt für die Sitzung im ~~Mai~~ Juni 2022 eine verbindliche Projektplanung (inklusive mögliche Kostenschätzung für ein externes Beratungs-, Planungsbüro bzw. zusätzlicher Personalaufwand für eine für die Projektphase mögliche zusätzliche Steile im Planungsamt) vorzustellen. ~~unter Einbindung des Beirates für Stadtentwicklung, möglicher externer Akteure, wie beispielsweise den Fachbereich Architektur (Urban Design) der JadeHS, Wilhelmshavener Architekten und Baufachleute und einer breiten Bürgereinbindung mit dem Ziel der Fertigstellung eines Flächennutzungsplans, der spätestens im Frühjahr 2024 durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven beschlossen werden kann.~~ Nach Ratsentscheidung sind die Mittel (bzw. Steile im Stellenplan) in die entsprechenden Haushalts-/Wirtschaftspläne einzustellen. Über den aktuellen Projektstand wird monatlich in dem Ausschuss Planen und Bauen und zusätzlich nach Projektstart vierteljährlich im Rat der Stadt Wilhelmshaven berichtet.

(geändert im Rat am 30.03. – Fortsetzung der Sitzung vom 16.03.2022)

8.3.5 Zustimmung zum Planungsvorschlag Grundstück ehemalige Südzentrale

Herr Marušić begründete das Vorgehen, die Beschlussvorlage im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

8.3.6 Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“ 65/2022
Beschluss zur Teilnahme am Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.03.2022 vor.

Herr Tönjes warf die Frage auf, ob die Stadt bzw. der Rat über solche Gelder überhaupt entscheiden könne. Seiner Meinung nach könne nicht jedes Förderprogramm mitgenommen werden, da am Ende zu befürchten stehe, dass das nötige Geld für die jeweilige Umsetzung fehle.

Oberbürgermeister Feist hielt dem entgegen, dass solche Förderprogramme zum einen nicht eingeschränkt, sondern vielmehr noch ausgeweitet würden. Der Rat stehe in der Verantwortung, etwas für die Bürger der Stadt, aber auch für die Wirtschaft zu tun. Seiner Meinung nach sei es das richtige Signal, gerade in diesen schweren Zeiten zu investieren.

Herr Heinemann appellierte für mehr Mut; nur mit Bedenken komme man nicht voran.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Bewerbung zur Teilnahme am Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“. Die Teilnahme erfolgt unter der Voraussetzung einer 50 %igen Förderung gemäß Kapitel 2 des Investitionsgesetzes Kohleregionen in Wilhelmshaven (Strukturhilfen)*. Hieraus würde sich ein Eigenanteil der Stadt Wilhelmshaven für investive Maßnahmen von max. 1,05 Mio. EUR für den Zeitraum 2022 – 2027 ergeben. Für den Eigenanteil steht der Ansatz „Sonstige wirtschaftsfördernde Zwecke“ des Fachbereichs Wirtschaft und Regionalmanagement (FB 03) zur Deckung zur Verfügung.

* I.V.m. der Verwaltungsvereinbarung (VV) zur Durchführung der Strukturhilfen im Wege der Finanzhilfe nach Art. 104 b des Grundgesetzes.

8.3.7 WILHELMS URBANFARM

64/2022

Beschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.03.2022 vor.

Herr Berner begrüßte das Vorhaben grundsätzlich, betonte aber, dass seine Fraktion den größten Wert darauf lege, regionale Erzeuger und soziale Trägere ins Boot geholt würden. Bei einem solchen Projekt dürfe nicht die Großindustrie das Steuer in der Hand haben.

Oberbürgermeister Feist stimmte der Anregung von Herrn Berner grundsätzlich zu, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass auch hier das Vergaberecht zu beachten sei.

Herr Dr. Schulte hielt dem entgegen, dass es hier zu unnötig erhöhtem Energiebedarf zur Versorgung einer vergleichsweise kleinen Fläche komme. Er hielte es für wesentlich wirtschaftlicher, zum Beispiel Fassaden zu begrünen.

Oberbürgermeister Feist bekräftigte, dass eine möglichst energieeffiziente und klimaneutrale Umsetzung angestrebt werde.

Herr Tönjes stand den Planungen sehr positiv gegenüber. Hier werde der Aufschlag für interessante Konzepte gegeben, auf die er sehr gespannt sei.

An der weiteren Diskussion zum Thema beteiligten sich **Frau Stomberg**, **Herr Fischer** und **Herr Walpurgis**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven begrüßt die Teilnahme am Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ entsprechend des beigefügten Antrages sowie der erläuternden Präsentation. Für die Eigenanteile investiver Maßnahmen werden der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH (WFG)

Zuschüsse aus dem Ansatz „Sonstige Wirtschaftsfördernde Zwecke“ des Fachbereichs Wirtschaft und Regionalmanagement (FB 03) gewährt.

8.4 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsherr Reese)

8.4.1 Erweiterung der Zusammensetzung des Behindertenbeirates gem. § 3 44/2022 Behindertenbeiratssatzung der Stadt Wilhelmshaven

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.02.2022 vor.

Herr Tönjes beantragte für die Gruppe „Die BUNTEN“ die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt: Die Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) wird laut Anhang (§ 3 Zusammensetzung) geändert und vom Oberbürgermeister am 17.03.2022 verkündet. Die Verwaltung wird beauftragt, sich umgehend mit der in der Satzung benannten Organisationen ins Benehmen zu setzen, um die vom Rat zu berufenen Mitglieder zu benennen. Die Amtszeit endete laut Satzung mit der letzten Ratsperiode und eine Berufung durch den neuen Rat ist damit erforderlich.“

Nachdem der Änderungsantrag zwischen den **Herren Schönfelder, Dr. Schulte, Tönjes** und **Ehlers** kurz diskutiert worden war, wurde dieser bei 9 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Schönfelder bat, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass der Rat und nicht der Ausschuss als beschließendes Gremium eingesetzt werde.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration stimmt zu, dass die Zusammensetzung des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven gem. § 3 der Behindertenbeiratssatzung der Stadt Wilhelmshaven um ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, der Lebenshilfe Wilhelmshaven-Friesland e.V., erweitert wird.

8.4.2 Finanzierung Frauenhaus

49/2022

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.02.2022 vor.

Auch beantragte **Herr Tönjes** namens der Gruppe „Die BUNTEN“ eine Änderung, da das Wort „dauerhaft“ an dieser Stelle überflüssig sei:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, Der Rat stimmt der Erhöhung des jährlichen Zuschusses von 74.000 € auf 86.175 € ab dem 01.01.2022 für das Leistungsangebot Frauen- und Kinderschutzhaus der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wilhelmshaven/Friesland e.V. (AWO) dauerhaft zu. Dem Fachausschuss (SOGI) und dem Rat wird die aktualisierte Version der vertraglichen Regelung zur Entscheidung vorgelegt sowie die Haushaltsansätze für die Jahre 2023-2024 und Folgejahre angepasst.“

Nachdem **Herr Schönfelder** in Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** den Sachverhalt erläutert hatte, verwies **Herr Bruns** auf die Begründung des Beschlussvorschlages. Nicht die Kosten für die Einrichtung steigen, sondern das Land steige aus der Förderung aus.

Anschließend wurde der Änderungsantrag angeregt zwischen **Herrn Schönfelder**, **Herrn Dr. Schulte**, **Herrn Reese** und **Frau Stomberg** diskutiert.

Vor dem Hintergrund der vorgebrachten Argumente **zog Herr Tönjes** den **Änderungsantrag zurück**.

Herr Block erklärte, er werde sich als Mitglied des AWO-Vorstandes bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 39 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat stimmt der Erhöhung des jährlichen Zuschusses von 74.000 € auf 86.175 € ab dem 01.01.2022 für das Leistungsangebot Frauen- und Kinderschutzhaus der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wilhelmshaven/Friesland e.V. (AWO) dauerhaft zu.

Dem Fachausschuss (SOGI) und dem Rat wird die aktualisierte Version der vertraglichen Regelung zur Entscheidung vorgelegt sowie die Haushaltsansätze für die Jahre 2023-2024 und Folgejahre angepasst.

8.5 Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss (Ratsherr Fischer)

8.5.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Neubeschaffung eines drahtlosen 505/2022 Mikrofonsystems für den Ratssaal

Herr Fischer brachte den Antrag der WIN@WBV-Fraktion ein und begründete diesen anschließend.

Frau Zaage beantragte, den Antrag **bis nach der Sommerpause zu vertagen**. Um nicht unnötig Personal mit dem Arbeitsauftrag zu binden, solle zunächst die Entwicklung ohne Plexiglaswände abgewartet werden.

Nach lebhafter Diskussion über die Notwendigkeit einer Vertagung zwischen **Herrn Baruschke**, **Herrn Berner**, **Herrn Walpurgis**, **Herrn Schönfelder**, **Herrn Stump**, **Oberbürgermeister Feist**, **Herrn Fischer** und **Frau Zaage** wurde dem Vertagungsantrag bei 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Die Anschaffungskosten eines leistungsfähigen, drahtlosen Mikrofonsystems für den Ratssaal mit folgenden Mindestanforderungen zu ermitteln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- Technische Eignung der Anlage für Erweiterung auf mindestens 100 Sprechstellen,
- Nutzung der Frequenzbänder 2,4 GHz und 5 GHz
- HF-Störungserkennungs- und -vermeidungstechnologie, um eine zuverlässige Übertragung zu gewährleisten und Signalausfälle selbst in den stärksten überlasteten HF-Umgebungen zu begrenzen
- Automatisches Frequenzmanagement, um Interferenzen zu erkennen, bevor sie die Systemleistung beeinträchtigen (transparenter Kanalwechsel statt Abbruch der Verbindung)
- Mindestens drahtlose AES-128-Verschlüsselung
- Unterstützung von Freisprech-, manuelle und Remote-Mikrofonaktivierung
- Intelligente, austauschbare Akku mit einer Laufzeit von mindestens 10 Stunden
- Zentrale Managementfunktion (z. B. Webschnittstelle), die eine Einrichtung/Verwaltung der Sprechstellen auch während der Sitzung erlaubt
- Integrationsfähig in das System zur Sitzungsübertragung/-aufzeichnung (Dantefähigkeit)
- Optional: Display für Sitzungsinformationen/Abstimmungen

Daneben sind zusätzlich die Kosten eines vergleichbaren, drahtgebundenen Mikrofonsystems zu ermitteln.

8.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)

8.6.1 Kurpark – Förderantrag Bundesprogramm Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (Tischvorlage) **61/2022**

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 11.03.2022 vor.

Herr Tönjes, Frau Heide und Herr Berner begrüßten das Vorhaben übereinstimmend. Der Kurpark als älteste Grünanlage der Stadt bedürfe dringend einer Überarbeitung, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt des Klimawandels. Hier werde ein Balanceakt zwischen Kulturdenkmal einerseits und Landschaftsschutzgebiet andererseits erforderlich. Herr Berner verband seine Zustimmung mit der Bitte, bei der Beleuchtung auch auf Energieeffizienz zu achten, zum Beispiel durch Bewegungsmelder.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Projektantrag Kurpark für das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“.

Maßnahmen für Erhalt, Schutz, Pflege und gezielte Weiterentwicklung des Kurparkes sollen auf Grundlage des zu erstellenden Konzeptes, unter Ausnutzung vorhandener Förderoptionen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Wilhelmshaven, zukünftig schrittweise umgesetzt werden.

8.6.2 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Ertüchtigung und Weiterentwicklung des Rundwegs in Fedderwardergroden Grüner Ring **515/2022**

Herr Bulla brachte den Antrag der WIN@WBV-Fraktion ein und begründete diesen anschließend.

Herr Dr. Schulte vermisste konkrete Vorschläge. Seine Gruppe werde dagegen stimmen, da der Antrag in der vorgelegten Form nicht beschlussfähig sei.

Herr Marušić hielt dem entgegen, dass mit dem Vorhaben eine weitere große Grünanlage zukunftsfähig gestaltet werde. Er gab jedoch zu bedenken, dass es sich hier um eine große, mehrere Jahre umfassende Aufgabe handele, vor deren Umsetzung zunächst vorbereitende Maßnahmen stünden.

Herr Baruschke beantragte die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadt Wilhelmshaven wird im Jahre 2023 den Rundweg in Fedderwardergroden, Grüner Ring, Instand setzen und weiterentwickeln. Die Technischen Betriebe Wilhelmshaven werden beauftragt, eine entsprechende Planung mit Kosten unter Einbindung möglicher Fördermaßnahmen, insbesondere aus der Strukturhilfe Kohleausstieg, zu entwickeln und in den Haushalt 2023 einzustellen.

Folgende Baumaßnahmen und Erweiterungen werden bei der Gesamtplanung berücksichtigt:

- 1. Die Errichtung einer Beleuchtung des Grünen Rings bis September/Oktober 2022. Sollten nicht ausreichend Haushaltsmittel vorhanden sein, sind Mittel im HHPL 2023 bereitzustellen und es ist mit einer Teilstrecke in diesem Jahr zu beginnen. (Vorschlag: den Schulweg Plauenstraße bis Posener Straße)*
- 2. Bauarbeiten für einen Fuß- und Fahrradweg, Ausführung in wasserdurchlässigen, kunststofffreien Materialien mit einer Breite, die einen Begegnungsverkehr zu lässt.*
- 3. Installierung einer modernen Fitness-Anlage.*
- 4. Installierung einer Skate-Anlage (Standortvorschlag siehe Karte)*
- 5. Schaffung eines Grillplatzes, ggf. mit Überdachung. (Standortvorschlag siehe Karte)*
- 6. Schaffung eines Bouleplatzes. (Standortvorschlag siehe Karte)*
- 7. Schaffung von zwei wetterfesten Tischtennisanlagen, ggf. mit Überdachung. (Standortvorschlag siehe Karte)*

Schaffung von ausreichend Bänken, einer kleinen Sandkiste mit kleinen Spielgeräten zum Verweilen an den Aktionsflächen.“

Dem **Änderungsantrag** wurde bei 25 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen)

~~Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:~~

~~Die Stadt Wilhelmshaven strebt an im Jahre 2023 den Rundweg in Fedderwardergroden Grüner Ring zu ertüchtigen und~~

~~weiterzuentwickeln.~~

~~Die Technischen Betriebe Wilhelmshaven (und die innerhalb der Stadtverwaltung zuständigen Abteilungen) werden beauftragt, einen entsprechende Kosten . Projekt und Maßnahmenplan unter Einbringung möglicher Fördermaßnahmen insbesondere der Strukturhilfe Kohleausstieg zu entwickeln, der im Haushalt 2023 Berücksichtigung findet. Folgende Baumaßnahmen und Erweiterungen werden vorgeschlagen, die bei der Gesamtplanung Berücksichtigung finden sollten:~~

- ~~— Bodenbelagsarbeiten für einen Fuß- und Fahrradrundweg (Vorschlag: Elastopave 3,7 km Farbe Grün mit entsprechenden Piktogrammen und Entfernungsmarkierungen)~~
- ~~— Installierung einer Wegebeleuchtung (optional mit autarker Stromversorgung durch Windgenerator und Photovoltaikanlage)~~
- ~~— Installierung eines Vita Parcours (Sportparcours mit 15 Posten und Beschilderung der Übungen) (optional durch Bürgerbeteiligung (Sponsoring))~~
- ~~— Schaffung eines Grillplatzes (möglicher Standort Plauentief)~~
- ~~— Schaffung eines Bouleplatzes (möglicher Standort Albrechtstraße)~~
- ~~— Schaffung eines Bienenhotels (möglicher Standort Hohensalzaer Weg)~~

Geändert auf gemeinsamen Antrag von Bürgermeisterin Marxfeld, Ratsherrn Baruschke und Ratsherrn Brandt im Rat am 28.03.2022, Fortsetzung der Sitzung vom 16.03.2022:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadt Wilhelmshaven wird im Jahre 2023 den Rundweg in Fedderwardergroden, Grüner Ring, Instand setzen und weiterentwickeln. Die Technischen Betriebe Wilhelmshaven werden beauftragt, eine entsprechende Planung mit Kosten unter Einbindung möglicher Fördermaßnahmen, insbesondere aus der Strukturhilfe Kohleausstieg, zu entwickeln und in den Haushalt 2023 einzustellen.

Folgende Baumaßnahmen und Erweiterungen werden bei der Gesamtplanung berücksichtigt:

- 1. Die Errichtung einer Beleuchtung des Grünen Rings bis September/Oktober 2022. Sollten nicht ausreichend Haushaltsmittel vorhanden sein, sind Mittel im HHPL 2023 bereitzustellen und es ist mit einer Teilstrecke in diesem Jahr zu beginnen. (Vorschlag: den Schulweg Plauenstraße bis Posener Straße)*
- 2. Bauarbeiten für einen Fuß- und Fahrradweg, Ausführung in wasserdurchlässigen, kunststofffreien Materialien mit einer Breite, die einen Begegnungsverkehr zu lässt.*
- 3. Installierung einer modernen Fitness-Anlage.*
- 4. Installierung einer Skate-Anlage (Standortvorschlag siehe Karte)*

5. Schaffung eines Grillplatzes, ggf. mit Überdachung. (Standortvorschlag siehe Karte)
 6. Schaffung eines Bouleplatzes. (Standortvorschlag siehe Karte)
 7. Schaffung von zwei wetterfesten Tischtennisanlagen, ggf. mit Überdachung. (Standortvorschlag siehe Karte)
- Schaffung von ausreichend Bänken, einer kleinen Sandkiste mit kleinen Spielgeräten zum Verweilen an den Aktionsflächen.

8.6.3 Antrag SPD-Fraktion: Beleuchtung Grüner Ring in Fedderwardergroden **516/2022**

Herr Baruschke zog den Antrag zurück.

8.6.4 Antrag SPD-Fraktion: Fahrrad-Park-Anlage F'groden Marktplatz **517/2022**

Herr Baruschke brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen anschließend.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt
die Errichtung einer Fahrrad-Park-Anlage am Eingang zum
Marktplatz in F'groden.

8.7 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

8.7.1 Anpassung der Bezirke der Grundschulen Hafenschule, Stadtmitte und Wiesenhof **3/2022**

Herr Ehlers trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 03.03.2022 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Bezirke der Grundschulen Hafenschule, Stadtmitte und Wiesenhof werden zum 01.08.23 angepasst. Die damit verbundene notwendige Änderung der Grundschulbezirkssatzung wird vorgenommen.

8.7.2 DigitalPakt - Infrastrukturprojekte **37/2022**

Herr Ehlers trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 03.03.2022 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Abarbeitung ausstehender vom Digitalpakt geförderter Infrastrukturprojekte kurzfristig umzusetzen. Sie legt die Umsetzung dieser Projekte in Absprache mit den jeweiligen Schulleitungen fest.

8.7.3 Einvernehmen zum Ganzttag im KME-Zweig der Marion-Dönhoff-Schule **40/2022**

Herr Ehlers trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 03.03.2022 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

Für die Einbeziehung des KME-Förderschulzweigs der Marion-Dönhoff-Schule in den dortigen Ganztagsbetrieb wird das Einvernehmen erteilt.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

9.1 Sachstand Klinikum

Information erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

9.3 Sonstiges

Oberbürgermeister Feist informierte über die folgenden Themen:

- Aktueller Sachstand TAN0/OTG
- Keine Ratssitzung im April
- Auflösung der Gruppe „Die GRUPPE“
- Aktuelle Corona-Verordnung des Landes und deren Auswirkungen auf die Ratsarbeit (Abbau der Plexiglaswände und Aufhebung der Maskenpflicht im Rat)
- Kündigung Frau Groh zum 30.04.2022
- Ganzheitliche zivile Sicherheitslösungen für die Stadt Wilhelmshaven als Bundeswehr- und maritimer Standort an der Schnittstelle städtischer Lebensräume, in Rahmen des BMBF-Programms SifoLIFE.

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur soeben abgehandelten Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Anschließend unterbrach Herr von den Berg die Sitzung für eine **Pause von 16:20 Uhr bis 16:40 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Behandlung der Punkte des nichtöffentlichen Teils.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin